

Presseschau 08.03.14 Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti

- **MOSKAU, 08. März (RIA Novosti).**

Die tragbaren Flugabwehr-Raketensysteme Igla, die während der Unruhen in der Ukraine aus Waffenlagern verschwunden sind, könnten in die Hände der Nationalisten gelangt sein, so der russische Militärexperte Igor Korotschenko. Wenn dem so ist, ist der Luftverkehr über dem Krisenland gefährdet.

Ein hoher ukrainischer Militär hatte RIA Novosti mitgeteilt, dass Dutzende tragbare Flugabwehr-Raketensysteme vom Typ Igla aus Waffenlagern im Westen des Landes gestohlen worden seien.

Die verschwundenen Fla-Raketen würden für die Passagierflugzeuge eine reale Bedrohung darstellen, kommentierte Korotschenko, Direktor des Moskauer Forschungszentrums für Weltwaffenhandel (CAWAT), in einem Gespräch mit RIA Novosti. „Der Luftraum der Ukraine ist nun eine potenzielle Risikozone.“

- **Wer stand hinter Maidan-Todesschützen? Russland fordert von OSZE Ermittlung MOSKAU, 08. März (RIA Novosti).**

Russland ruft die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) auf, zu klären, wer die Scharfschützen auf den Dächern rund um den Kiewer Protest-Platz Maidan angeheuert hat. In einem abgehörten Gespräch hatte Estlands Außenminister angedeutet, dass die neue Regierung in Kiew damit zu tun haben könnte.

„Die jüngsten Angaben zu der so genannten Scharfschützen-Affäre können nicht mehr unter den Teppich gekehrt werden“, sagte Lawrow am Samstag in Moskau. „Wir haben vorgeschlagen, dass die OSZE eine objektive Ermittlung übernimmt. Wir wollen Gerechtigkeit erreichen.“

Nach Straßenschlachten mit Dutzenden Toten in Kiew hatte das ukrainische Parlament am 22. Februar die Verfassung geändert und Präsident Viktor Janukowitsch für abgesetzt erklärt. Die Oppositionsparteien, die davor monatelang in Kiew protestiert hatten, bildeten eine neue Regierung.

In einem Telefonat mit der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton erwähnte der estnische Außenminister Urmas Paet Ende Februar den Verdacht einer ukrainischen Aktivistin, dass die Schüsse auf Demonstranten und Berkut-Sondereinheit von denselben Scharfschützen abgegeben worden seien. Es gebe demnach mehr und mehr Hinweise, dass hinter den Mördern nicht Präsident Viktor Janukowitsch, sondern jemand von der neuen Koalition stehe, sagte Paet. Ein Mitschnitt des Telefonats wurde in dieser Woche ins Internet gestellt. Der estnische Außenminister gab seine Echtheit zu.

- **MOSKAU, 08. März (RIA Novosti).**

Die neue Regierung in Kiew ist laut Russlands Außenminister Sergej Lawrow unselbständig und wird von Nationalisten kontrolliert.

„Die so genannte Übergangsregierung (in der Ukraine – Red.) ist nicht selbständig, sondern sie hängt leider von den radikalen Nationalisten ab, die die Macht mit Waffengewalt ergriffen haben“, sagte Lawrow am Samstag in Moskau.

Er verwies darauf, dass die neuen Minister erst nach Zustimmung des „Rechten Sektor“ ernannt worden seien. Diese paramilitärische Nationalistenorganisation, die die Kiewer Straßen kontrolliere, sei kurz davor, einen offiziellen Status zu bekommen.

- Die ersten Kämpfer der Selbstverteidigungstruppen der Krim werden in einen offiziellen Status erhoben und auf das Volk der Krim vereidigt.

Presseschau 09.03.14 Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti

Ukraine allgemein:

- Innerhalb der letzten Woche wurden 3500 Russen die Einreise in die Ukraine verweigert.
- Ukrainisches Militär wird nach Süd-Osten in Bewegung gesetzt. Gestern wurden 3 stellvertretende Verteidigungsminister der Ukraine entlassen, weil sie davor warnten, die Streitkräfte in Richtung Krim zu verlegen und so die Abspaltung zu verhindern.
- Kiew sperrte nicht nur Zugang zum zentralen Wahlregister, sondern das gesamte System der Staatskasse der Krim-Abteilung.
Reaktion der Krim-Regierung:
werden Konten in russischen Banken eröffnen, um Löhne und Gehälter zahlen zu können
- Die ukrainischen Behörden und westliche Politiker dürfen den Anführer des neofaschistischen „Rechten Sektors“, Dmitri Jarosch, nicht an die Macht lassen, wie der Russland-Bevollmächtigte für Menschenrechte, Demokratie und Vorrangstellung der Rechte, Konstantin Dolgow, äußerte.
„Die Behörden in Kiew und ihre westlichen Gönner müssen de facto dem Neofaschisten Jarosch und seinen Anhängern den Weg zur Macht sperren“, twitterte Dolgow.
Am Vortag bestätigte Jarosch seine Absicht, zu den Präsidentenwahlen im Mai zu kandidieren. (www.russland.ru)
Anmerkung Swetlana:
Jarosch wurde von Russland zur internationalen Fahndung ausgeschrieben, nachdem dieser sich an die tschetschenischen Top-Terroristen mit der Bitte gewandt hatte, mit Terrorakten Russland anzugreifen und zu destabilisieren.
- Die Militärangehörigen der ukrainischen Streitkräfte auf der Krim warten seit über einem Monat auf ihr Gehalt. Deshalb sind Protesthaltung und Desertion an der Tagesordnung.

Donezk:

- Einem russischen Journalisten wurde die Einreise nach Donezk verweigert. Er wurde nicht aus dem Flughafen gelassen und zurück nach Moskau geschickt.
- Trotz des Aufrufs der Gebietsregierung, heute anlässlich der Feierlichkeiten zum 200. Geburtstags Schewtschenkos keine anderen Kundgebungen zu

veranstalten, kamen 1500 Menschen in Donezk zu einer Kundgebung auf dem Leninplatz zusammen (russische Flaggen). Sie fordern ebenfalls ein Referendum, fordern die Nichtanerkennung der jetzigen Kiewer Machthaber und ein Verbleib von 80% der Steuern in der Region. Die Gebietsregierung lehnt dies ab.

Anschließend zog die Menge vor das Gebäude der Bezirksregierung und besetzten es kurzzeitig. Sie forderten, den von Kiew eingesetzten Gouverneur Tarut zu sprechen. Die Milizen griffen nicht ein.

Lugansk:

- Etwa 3000 Menschen bei Protestkundgebung gegen das neu eingesetzte Oberhaupt der Region. Sie besetzten das Gebäude der Gebietsverwaltung und forderten die Absetzung, ein Referendum über den Status des Lugansker Gebiets. Überall waren russische Fahnen zu sehen.

Krim:

- Sperrung der ukrainischen TV-Sender, Übernahme der Sendungen des russischen TV
- Das Krimreferendum wird folgende Fragen stellen: Sind Sie dafür, dass sich die Krim als eigenständiges Subjekt mit Russland vereinigt? ODER Sind Sie für die Wiederherstellung der Krimverfassung von 1992 und für den Status der Krim als ein Teil der Ukraine?
- Auch das Sewastopoler Referendum stellt die Frage nach der Vereinigung mit Russland, jedoch nicht als Bestandteil der Krim, sondern ebenfalls als eigenständiges Subjekt.
- Prorussische Kundgebungen mit jeweils mehreren tausend Teilnehmern fanden statt in Sewastopol, Simferopol, Eupatoria und Kertsch.
- Vize-Premier der Krim Temigralijew: „Die Krim kehrt nach Hause zurück, nach Russland. Die Banditen, die in Kiew an der Macht sind, drohen uns mit der Abschaltung von Licht und Wasser. Aber sie vergessen dabei, dass die Krim zwei Heldenstädte hat – Sewastopol und Kertsch. Es wird niemals gelingen, die Krimtschan (Krimbewohner) in die Knie zu zwingen.“
- Premier Konstatinow:
Krim wird in der Föderation auch weiter parlamentarische Republik sein. Pensionen bleiben erhalten, Gehälter im öffentlichen Dienst werden an russische Standards angeglichen (2,5-4faches der jetzigen Gehälter). Eine Übergangszeit von etwa einem Monat wird es geben. Die Kiewer Machthaber tun alles, um einen politischen Dialog zu verhindern. Sie schicken täglich etwa 300 SMS mit Drohungen an uns.

- Finanzhilfe aus allen russischen Regionen trifft ein.

Odessa:

- Mehrere tausend Kundgebungsteilnehmer kritisieren Kiew, fordern ein Referendum zur Dezentralisierung der Macht in der Ukraine, für den Status der russischen als Staatssprache und zum künftigen Kurs des Landes. Unter den Fahnen von Odessa und Russland versammelten sie sich auf einen Platz im Stadtzentrum, auf dem eine Zeltstadt zur Unterschriftensammlung für das Referendum aufgestellt wurde. Die Demonstranten skandierten "Russland", "Zollunion", "Nieder mit dem Regime von Kiew", "No NATO", "Berkut". Vertreter der lokalen politischen Parteien und sozialen Bewegungen haben die Behörden in Kiew verantwortlich gemacht für die Aufspaltung des Landes und die stattfindende "Hexenjagd".

Sewastopol:

- Ab 12. März Russisch als offizielle Amtssprache
- 10 Berkut-Männer, die vor der „Hexenjagd“ aus Kiew, Donezk und Nikolajew fliehen mussten, wurden freundlich begrüßt.